

An den
Ausschuss für Wirtschaft und Energie des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hamburg/Berlin, 23.02.2026

Greenpeace-Stellungnahme zum Vertragsgesetz über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages im Rahmen der Anhörung zum Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden bedanken wir uns.

Das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, und damit auch der vorliegende Entwurf für ein Vertragsgesetz, ermöglicht die Erschließung neuer Gasvorkommen, weil eine grenzüberschreitende Förderung ohne deutsche Zustimmung völkerrechtlich ausgeschlossen wäre. Die Erschließung neuer fossiler Öl- und Gasvorkommen ist aber nach einhelligen wissenschaftlichen Erkenntnissen mit den Pariser Klimazielen unvereinbar, dies hat zuletzt auch das niederländische Berufungsgericht im „Shell-Verfahren“ zugrunde gelegt. Mit der aktuell dramatisch steigenden globalen Temperatur sind häufiger und heftiger auftretende Extremwetterereignisse mit zerstörerischen, teilweise tödlichen Folgen für die Bevölkerung, aber auch für unsere Wirtschaft immer wahrscheinlicher. Dies konnte jüngst in Spanien und Portugal sowie 2021 im Ahrtal beobachtet werden.

Auch das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot aus Art. 20a GG verbietet sämtliche Handlungen, die mit den Temperaturzielen des Pariser Übereinkommens per se unvereinbar sind. Schließlich ergibt sich nach jüngster internationaler Rechtsprechung auch ein Verstoß gegen die aus dem allgemeinen Völkerrecht ableitbare Verpflichtung zur Vermeidung irreversibler Schäden für Klima und Umwelt.

Greenpeace erachtet das Unitarisierungsabkommen und damit auch das Vertragsgesetz zur Umsetzung selbigen Abkommens für rechtswidrig und auf Grund der dramatischen Folgen für die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland auch moralisch nicht zu rechtfertigen. Wir fordern daher den Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages auf, den vorliegenden Entwurf für ein Vertragsgesetz abzulehnen.

Gez.

Martin Kaiser

Geschäftsführender Vorstand, Greenpeace e.V.

Stellungnahme zum Vertragsgesetz über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee

Klimakrise erfordert Ausstieg aus fossilen Energieträgern

2025 war nach Aufzeichnungen des Copernicus-Weltraumteleskops das drittwärmste Jahr seit Beginn der Messungen. Es folgt damit auf die Jahre 2023 und 2024 - dem bislang heißesten Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Jahr für Jahr stellen immer neue Extremereignisse unter Beweis, dass die Klimakrise in vollem Gang ist und dass es dringend notwendig ist, aus klimaschädlichen fossilen Energieträgern auszusteigen.

Erdgas ist ein fossiler Energieträger und extrem klimaschädlich. Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, ist ein hochwirksames Treibhausgas, das 84 mal so klimaschädlich ist wie CO₂. Die Verbrennung und Methanleckagen über die gesamte Lieferkette, also von der Bohrung, über Transport und Lagerung bis zur Nutzung, machen fossiles Gas zum Klimakiller.

Um die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch einzudämmen, müssen Deutschland und die EU bis spätestens 2035 vollständig aus der Förderung und Nutzung von fossilem Gas aussteigen. Stranded assets wären mit neuen Gasbohrungen somit vorprogrammiert. Schon 2021 warnte der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC, dass bereits existierende fossile Projekte zu einer Erderhitzung von mehr als 1,5° führen. Der Ausstieg aus allen Fossilen dagegen sei der Schlüssel, um die globale Erhitzung zu begrenzen.

Wer die Klimakrise ernst nimmt, darf keine neuen Öl- und Gasbohrungen genehmigen. Das unterstreicht auch die Internationale Energieagentur (IEA) mit ihrer "Net zero by 2050"-Roadmap (2021), in der sie sich deutlich gegen neue Öl- und Gasbohrungen ausspricht.

Das Vertragsgesetz zur Umsetzung des Unitarisierungsabkommens schafft Grundlagen für das genaue Gegenteil: es ermöglicht nicht nur das aktuelle Fördervorhaben N05-A, sondern die Realisierung einer unbegrenzten Anzahl an Erdgasbohrungen im Grenzgebiet zwischen Deutschland und den Niederlanden im Bereich des Festlandssockels. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf erhält der Gaskonzern One Dyas einen Freifahrtschein für die Ausbeutung unserer Nordsee. In Anbetracht der sich zuspitzenden Klimakrise, ist dies absolut verantwortungslos. Bereits die Genehmigung des aktuellen Vorhabens N05-A hat schwerwiegende Auswirkungen auf Tiere, Umwelt und Klima.

Sichere und unabhängige Energieversorgung nur mit Erneuerbaren Energien möglich

Die Gasbohrung vor Borkum leistet keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Denn die Mengen an Gas, die vor Borkum voraussichtlich gefördert werden, machen maximal zwei Prozent des derzeitigen deutschen Gasbedarfs aus. Eine verschwindend geringe Menge. Energiepolitische Unabhängigkeit erlangen wir nicht durch langfristig angelegte fossile Projekte vor der eigenen Küste, sondern nur, wenn Deutschland sich

vollständig von fossiler Energieversorgung durch die schrittweise Reduktion der Importe befreit.

Statt neue Gasprojekte zu ermöglichen, sollte die Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien mit voller Kraft weiter vorantreiben. Denn eine dezentrale, erneuerbare Wärme- und Energieversorgung ist weit widerstandsfähiger gegenüber externen Krisen und Angriffen als zentrale fossile Energieprojekte je sein werden. Investitionen in innovative technische Lösungen stärken dabei den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Vorreiterrolle unserer Wirtschaft bei der Klimatransformation.

Langfristig sinkt die Nachfrage nach Erdgas in Deutschland – ein dringend notwendiger Trend, den eine ambitioniert vorangetriebene Wärmewende noch beschleunigen wird.

Die Gasbohrung vor Borkum sowie das Unitarisierungsabkommen und somit auch dieses Vertragsgesetz beruhen auf der Prämisse einer Erdgasemangellage in Deutschland. Diese gibt es de facto nicht. Deshalb fordert Greenpeace, das Vertragsgesetz abzulehnen. Der einzige Schluss, der zum jetzigen Zeitpunkt gezogen werden kann, ist, dass die noch für wenige Jahre benötigte Gasversorgung für Deutschland gesichert ist und es kein Gas aus der Nordsee vor Borkum braucht.

Vertrag gefährdet Deutschlands internationale Verlässlichkeit

Nicht verschwindend gering ist jedoch die Signalwirkung, die international ausgestrahlt wird. Die Durchführung eines neuen Gasförderprojektes stellt Deutschlands Verlässlichkeit klimapolitisch in Frage. Gerade in Zeiten, wo einige Großmächte die Vereinten Nationen entkernen, muss Deutschland die Umsetzung des Völkerrechts vorleben und die Beschlüsse von Paris konsequent umsetzen. Sonst verliert Deutschland weiter Vertrauen bei Partnerländern und riskiert damit Einfluss und Mitsprachemöglichkeiten. Dies ist auch relevant mit dem Blick auf die Kandidatur Deutschlands auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Eine Klimaaußenpolitik, die die Klimaschutzziele von Paris international unterstützen soll und muss, wird konterkariert. Angesichts der verfassungs- wie völkerrechtlich bestehenden internationalen Kooperationspflicht stellt ein solcher Rückschritt in der eigenen klimapolitischen Verlässlichkeit ein eigenständiges Problem dar. Nimmt Deutschland seine internationale Klimaschutz-Verantwortung ernst, darf es keine neuen Gasprojekte genehmigen.

Gasbohrung vor Borkum bedroht Artenvielfalt der Nordsee und UNESCO-Status

Die Gasbohrung vor der Nordseeinsel Borkum befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer und gefährdet unter anderem bedrohte Arten wie den Schweinswal oder besonders schützenswerte Steinriffe am Meeresboden, die ein von Greenpeace beauftragtes Tauchteam 2023 erstmals wissenschaftlich dokumentiert hat. Es konnten mindestens 88 Tierarten bestimmt werden, von denen etwa jede fünfte auf der deutschen Roten Liste für bedrohte Arten steht. Die Auswertung hat ergeben, dass die neu entdeckten Steinriffe die Kriterien für gesetzlich geschützte Biotope (FFH-Lebensraumtypen Riffe) erfüllen.

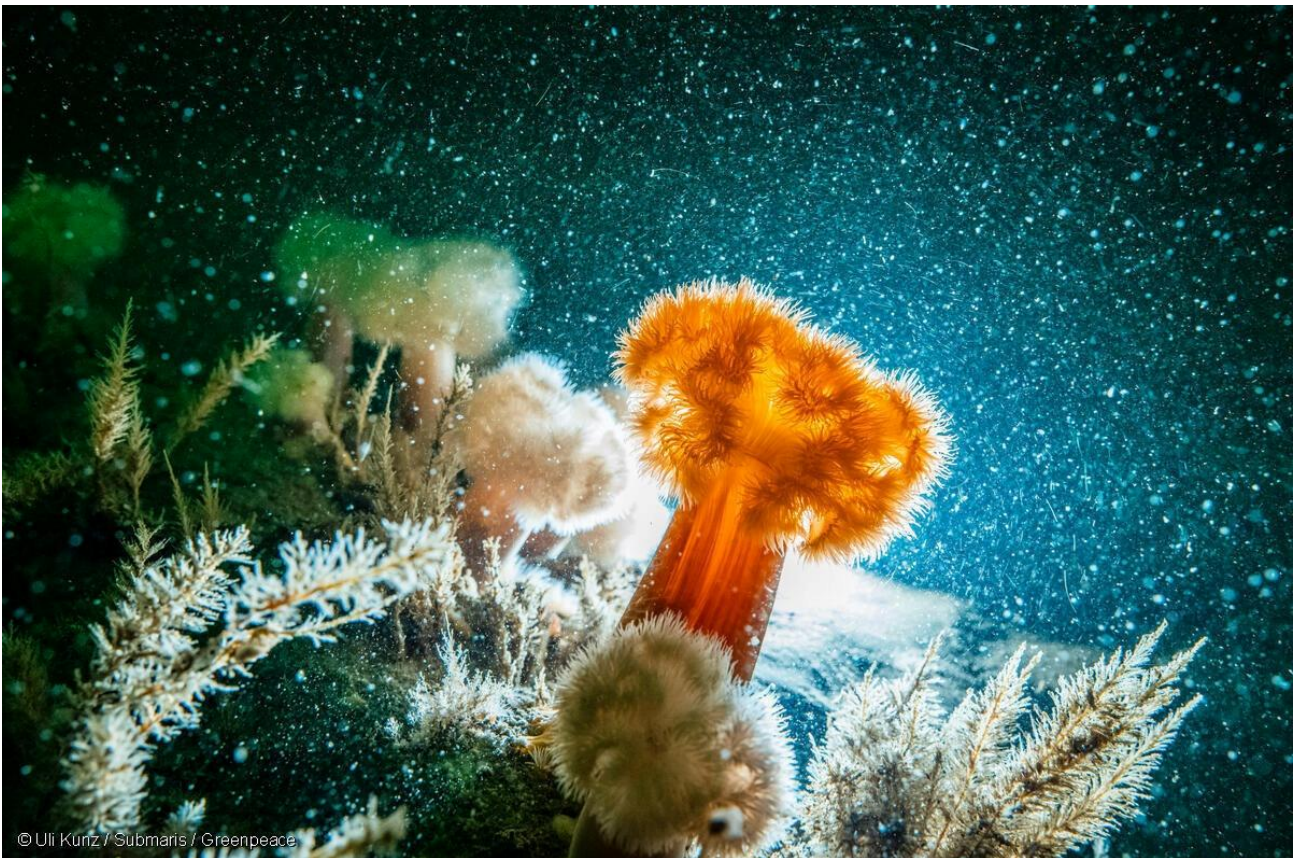
Die zur Ausbeutung vorgesehenen Gasfelder beeinträchtigen nicht nur die neu entdeckten Steinriffe, sondern erstrecken sich sogar unter das Naturschutzgebiet Borkum Riffgrund.

Mit Produktions- und Lagerstättenwasser gelangen Umweltgifte wie Benzol (krebserregend) und Methanol in großen Mengen ins Meer. Das gefährdet Fische, Vögel und andere Meereslebewesen in der ohnehin schon schwer belasteten Nordsee weiter.

Das Welterbe-Komitee der Unesco hat Deutschland und die Niederlande auf seiner Sitzung im September 2023 [ermahnt](#): Sämtliche Rohstoffausbeutung in der Nordsee – so auch das geplante Gasprojekt vor Borkum – seien mit dem Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers nicht vereinbar. Die Unesco fordert die beiden Länder auf, keine neuen Gasförderungen nahe dem Wattenmeer zuzulassen.

Auch für die Menschen auf Borkum hat der Eingriff in die Natur gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen: Bodenabsenkungen und Erdbeben aufgrund der Erdgasförderung könnten die Süßwasserlinsen der Nordseeinsel schädigen und damit die Trinkwasserversorgung der Insel gefährden.

Nicht zuletzt sind der Unesco-Welterbestatus und das Naturerlebnis inmitten des Nationalparks Wattenmeer Anlass für jährlich über 300.000 Menschen, auf Borkum Ruhe und Erholung zu suchen. Der Tourismus ist damit wichtigster Wirtschaftsfaktor der Insel – und infolge der zunehmenden Industrialisierung der Nordsee wie durch dieses geplante Gasbohrungsprojekt gefährdet.



© Uli Kunz / Submaris / Greenpeace

Abbildung 1 Unterwasserwelt bei einem Forschungstauchgang zum Gasprojekt Borkum. Der Felsen ist mit Seenelken (*Metridium senile*) bewachsen.

Unitarisierungsabkommen verstößt gegen Grundgesetz und Völkerrecht

Ein von Greenpeace beauftragtes [Rechtsgutachten](#) der Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen kommt zu dem Schluss, dass das von der Bundesregierung unterzeichnete Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden verfassungs- und völkerrechtswidrig ist. Es ist u.a. mit dem Pariser Klimaabkommen und den darin enthaltenen Zielen unvereinbar.

- **Verstoß gegen das Grundgesetz:** Neue Gasbohrungen sind mit dem Klimaschutzgebot aus Art. 20a GG unvereinbar.
- **Verstoß gegen Völkerrecht:** Gerade mit Blick auf die jüngsten Feststellungen des [Internationalen Gerichtshofs](#) zu den verbindlichen Pflichten aller Staaten u.a. aus dem Pariser Übereinkommen, dem Menschenrechtsregime sowie dem Völkergewohnheitsrecht stellt die durch das Unitarisierungsabkommen ermöglichte neue Gasbohrung einen gravierenden Verstoß gegen Deutschlands zwingende Klimaschutzverpflichtungen dar.

Gefährlicher Eingriff in Entscheidungsgewalt zuständiger Behörden

Die Entscheidungsgewalt der zuständigen deutschen Behörden wird durch das Unitarisierungsabkommen (Artikel 4 (3)) maßgeblich eingeschränkt und dem wirtschaftlichen Interesse fremder Staaten unterworfen. Nach erteilter Genehmigung wird den Behörden das Recht entzogen, rechtliche Fehler zu beheben oder eine veränderte Sachlage neu zu beurteilen. Es sollte also kein Abkommen im Deutschen Bundestag genehmigt werden, dass die Befugnisse deutscher Behörden so fundamental zu Gunsten eines ausländischen Investors außer Kraft setzt.

Eingriffspflicht für den Deutschen Bundestag und den Deutschen Bundesrat

Es ist ausdrücklich so, dass für Bundestag und Bundesrat noch die Möglichkeit besteht, eine Ratifizierung des Unitarisierungsabkommens zu verhindern. Ihre Zustimmung ist nach Art. 59 Abs. 2 iVm. Art. 83, 84 Abs. 1 GG elementarer Bestandteil der Ratifizierung.

Verträge, die grundrechtswesentliche Aspekte des Menschenrechts-, Gesundheits- und Umweltschutzes betreffen, sind der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Gewählte Abgeordnete sollten ihre Kontrollfunktion verantwortungsvoll nutzen und daher dieses Abkommen ablehnen. Da sie lediglich ihrem Gewissen verpflichtet sind, sollten sie zudem genau prüfen, ob sie diesem Verstoß gegen die Verfassung und internationale Abkommen (Paris) sowie der Schädigung der Menschen auf Borkum und anderswo ihre Zustimmung geben wollen.

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.